

Die Fraktionen der CDU Bruchköbel und SPD Bruchköbel

Bruchköbel, 05.06.2018

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Rötzer,

die Fraktionen von CDU und SPD der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung bitten Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Bruchköbels Straßen sind für alle da – Alternative zu Straßenbeiträgen

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die in Bruchköbel gültige Straßenbeitragssatzung durch die kürzlichen Änderungen der Rechtsgrundlagen im Hessischen Landtag außer Kraft gesetzt werden kann. Hierbei ist zu prüfen, durch welche alternativen Straßensanierungen finanziert werden können.

Begründung:

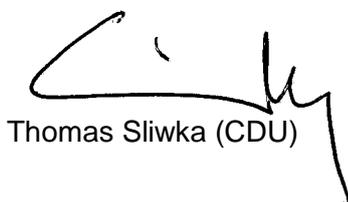
Die grundhafte Erneuerung von Straßen innerhalb Bruchköbels sind zum Erhalt einer moderneren Infrastruktur notwendig. Damit gehen Kosten einher, die bisher auch von den anliegenden Grundstückseigentümern zu leisten sind. Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürger können gemäß der aktuell geltenden Straßenbeitragssatzung mit bis zu 75 Prozent der umlagefähigen Kosten belastet werden. Zahlungsverpflichtungen in Höhe mehrerer tausend Euro sind die Folge.

Nun hat der Hessische Landtag eine Änderung der Rechtsgrundlagen (Hessischen Gemeindeordnung und Gesetz über kommunale Abgaben) beschlossen. Die bislang gültige Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenbeiträgen entfällt.

Den Kommunen obliegt es, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nach eigenem Ermessen zu regeln, wie sie zukünftig den Aufwand für die Erneuerung von Stadtstraßen finanzieren will.

Aus diesem Grund soll geprüft werden, ob durch die nunmehr erfolgten Gesetzesänderungen für die Stadt Bruchköbel nicht die Abschaffung der Straßenbeitragssatzung zweckdienlich ist. Im Rahmen der Haushaltssicherung ist ein Alternativfinanzierung vorzulegen.

Fraktionsvorsitzende



Thomas Sliwka (CDU)



Peter Ließmann (SPD)